

Vorlage an den Landrat

Fragestunde der Landratssitzung vom 12. September 2024
2024/489

vom 10. September 2024

1. Miriam Locher: Stromausfall Birstal

Vor rund zwei Wochen kam es in Teilen des Baselbiets zu einem grossflächigen Stromausfall.

Davon betroffen waren zehntausende Haushalte, aber auch die Tramlinien 10, 11 und E11. Grund dafür war ein Kurzschluss in einem Unterwerk der Primeo Energie in Münchenstein. Der Stromausfall hat aufgezeigt, wie sehr die Infrastruktur beeinträchtigt wird und wie wichtig ein funktionierendes Notfallszenario ist. In der Regel wird empfohlen, sich über Radio über die Vorgänge in einem Notfall zu informieren. Die wenigsten Haushalte verfügen heute jedoch noch über ein Radio mit Batterien, welchen bei einem Netzausfall und Stromausfall notwendig wäre. Gerade um allfällige Blaulichtorganisationen zu kontaktieren wäre das wichtig, zum Beispiel für mobilitätseingeschränkte Personen.

Beantwortung der Fragen

Die Fragen werden von der Sicherheitsdirektion beantwortet.

1.1. Frage 1: In mehreren Ortsteilen war das Mobilnetz nach Anbieter nicht mehr intakt und es konnten weder Anrufe und Nachrichten empfangen werden noch getätigt werden. Auch die mobilen Daten waren betroffen. Wie konnte es in so kurzer Zeit zu diesem Ausfall kommen?

Während des Ereignisses gab es keinen unmittelbaren Hinweis auf Störungen im Mobilfunknetz. Auf Nachfrage bei zwei Mobilfunknetz-Anbietern im Nachgang zum Ereignis haben diese bestätigt, dass es am Montag, 26. August 2024, zu Störungen sowie zeitweiliger Überlastung des Mobilfunknetzes im erwähnten Gebiet kam. Zum einen haben einzelne Antennenstandorte eine Strom-Autonomie von weniger als zwei Stunden und einige Mobilfunkzellen kamen aufgrund der erhöhten Datennachfrage an ihre Kapazitätsgrenzen.

1.2. Frage 2: Haben die Notfalltreffpunkte in den Gemeinden funktioniert und falls es Schwierigkeiten gab, wo waren diese zu verorten?

Im Einsatz stand u.a. der Regionale Führungsstab (RFS) Birs, welcher die Inbetriebnahme von drei Notfalltreffpunkten (2x Münchenstein, 1x Arlesheim) beschloss. Gemäss Rückmeldung seitens RFS Birs lief deren Inbetriebnahme reibungslos ab. Aufgrund der Tatsache, dass nach 19 Uhr in weiten Teilen der Strom wieder verfügbar war (der Ausfall erfolgte zwischen 17.00 Uhr und 17.15 Uhr) und die Mobilfunknetze wieder funktionierten, wurden die Notfalltreffpunkte durch die Bevölkerung kaum beansprucht.

1.3. Frage 3: Welche Schlüsse und Handlungsfelder können kurzfristig aus dem Ereignis gezogen werden?

Zum einen hat das Ereignis vom 26. August 2024 die Notwendigkeit von Massnahmen zur Härtung der Mobilfunknetze gegen Störungen der Stromversorgung bekräftigt. Eine entsprechende Stossrichtung wurde durch den Bund mittels der [Vernehmlassung](#) zum Entwurf der Änderung der Verordnung vom 9. März 2007 über Fernmeldedienste (FDV) in Vollzug von Artikel 48a des Fernmeldegesetzes (FMG) eröffnet. Die Vorlage des Bundes wurde seitens des Kantons Basel-Landschaft begrüsst, was so auch in der entsprechenden [Vernehmlassungsantwort](#) vom 6. Februar 2024 festgehalten wurde.

Aus Sicht der Ereignisbewältigung ist ein direkter und rascher Informationsaustausch zwischen dem eingesetzten Führungsstab und dem relevanten technischen Betrieb (in diesem Falle Primeo Energie AG) von essenzieller Bedeutung, was am 26. August 2024 gut funktionierte. Bestätigt wurde auch die Wichtigkeit von Notfalltreffpunkten sowie dem zeitlichen Aspekt für die Inbetriebnahme eines solchen.

Grundsätzlich festzuhalten ist, dass auch künftig Bestrebungen zur Resilienz-Stärkung von kritischer Infrastruktur sowie der Bevölkerung an sich notwendig sind. Dabei unterstützen [die Handbücher](#) zur privaten und betrieblichen Vorsorge im Kontext einer Energiemangellage aber auch eines Blackouts.

2. Peter Riebli: Fehlende Kommunikation bei AUE BL verunsichert Bevölkerung

Das Amt für Umwelt und Energie Basel-Landschaft (AUE) führte 2023 und im ersten Halbjahr 2024 umfassende Umweltmessungen durch, insbesondere am Mülibach in Allschwil. Die Ergebnisse bestätigen, dass weder für die Umwelt noch für die Bevölkerung eine akute Gefahr besteht. Besonders erfreulich ist, dass dabei keine Belastung durch Benzidin festgestellt wurde – eine positive Nachricht für die Region und potenziell auch für das Ansehen der ansässigen Chemie- und Pharmaindustrie.

Trotz dieser beruhigenden Resultate hat das AUE seit bald zwei Jahren keine aktuellen Daten auf seiner Webseite veröffentlicht. Diese mangelnde Transparenz und Kommunikation haben Spekulationen ausgelöst und die Bevölkerung verunsichert. Eine offene und zeitnahe Information durch das AUE ist essenziell, um Unsicherheiten in der Bevölkerung zu vermeiden und das Vertrauen in die betroffenen Unternehmen zu stärken.

Mehrfache Nachfragen der betroffenen Firmen beim AUE blieben bis heute unbeantwortet, ebenso wie Anfragen von Medien.

Beantwortung der Fragen

Die Fragen werden von der Bau- und Umweltschutzdirektion beantwortet.

Allgemeine Bemerkungen:

Der Standort der ehemaligen Deponie Roemisloch liegt in Frankreich. Die Deponie wurde vom Groupement d'intérêts pour la sécurité des décharges de la Région bâloise (GI DRB) auf freiwilliger Basis saniert und die Sanierung wurde von den französischen Behörden überwacht. Die Gemeinde Allschwil entnimmt regelmässig Proben am Fusse der ehemaligen Deponie. Das Baselbieter Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) nimmt keine Beurteilung dieser Resultate vor, da sie nicht auf seinem Hoheitsgebiet entnommen wurden. Das AUE entnimmt Proben beim Mülibach auf Schweizer Seite der Landesgrenze und beurteilt diese nach Schweizerischem Gewässerschutzrecht.

Der Fragesteller führt aus, das AUE hätte Anfragen von Firmen und Medien nicht beantwortet. Dies ist nicht korrekt. Die Anfragen der betroffenen Firmen wurden stets beantwortet und die Medien wurden und werden auf Anfrage mit den gewünschten Informationen bedient.

2.1. Frage 1: Warum weigert sich das AUE, die aktuellen Messdaten zu veröffentlichen, und kommt somit seinen Verpflichtungen nicht nach, Entwarnung für die verunsicherte Bevölkerung von Allschwil zu geben?

Das AUE veröffentlicht regelmässig Messdaten zu Grundwasser- und Oberflächengewässeruntersuchungen im Internet. Vor der Veröffentlichung werden die Daten geprüft und beurteilt. Dies wird auch mit den Daten der Untersuchungen aus dem Mülibach in Allschwil gemacht. Das AUE hat gegenüber den Firmen mitgeteilt, dass die kantonale Homepage gesamterneuert und die Daten mit der neuen Version der Internetseite veröffentlicht werden. Auf Anfrage der chemisch-pharmazeutischen Industrie wurden die Daten der Industrie per Mail am 11.7.2024 zugestellt.

Gegenüber dem AUE gibt es keinerlei Äusserungen oder Bedenken der Bevölkerung aus Allschwil. Die Bevölkerung hat aus Sicht des AUE auch keinen Grund, verunsichert zu sein. Im Mülibach an der Grenze zu Frankreich ist Benzidin nicht messbar. Weitere Stoffe der ehemaligen Deponie sind nur in Spuren nachweisbar, die keinerlei Anlass zu behördlicher Beanstandung geben. Das Trinkwasser bezieht Allschwil aus dem Netz von Basel.

2.2. Frage 2: Die Untätigkeit des AUE bringt die Industrie in eine schwierige Position gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien, da sie nicht auf die aktuellen Messungen verweisen kann. Weshalb informiert das AUE nicht medienöffentlich und ordnet die Vorwürfe der Gemeinde Allschwil als leitende Behörde ein?

Die Industrie ist für die Öffentlichkeitsarbeit ihrer Projekte selbst verantwortlich und wird im vorliegenden Fall durch eine Kommunikationsagentur unterstützt. Dass die freiwillige Sanierung der ehemaligen Deponie Roemisloch sowohl in der betroffenen Gemeinde wie auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird, liegt ebenfalls nicht im Einflussbereich des AUE.

Das AUE ist für den Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung im Kanton Basel-Landschaft verantwortlich. Es hat keinerlei Befugnisse für die Durchsetzung von Massnahmen in Frankreich und ist somit nicht «leitende Behörde» in Sachen Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Allschwil. Die Gemeinde Allschwil hat die Probenahmen in Frankreich in eigener Regie durchgeführt. Es ist Sache der Gemeinde Allschwil, wie sie die Resultate ihrer Untersuchungen in diesem Fall beurteilt und kommuniziert.

2.3. Frage 3: Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das AUE künftig transparenter und zeitnaher über Umweltmessungen informiert?

Wie ausgeführt, informiert und kommuniziert das AUE im angezeigten Rahmen transparent.

Liestal, 10. September 2024

Im Namen des Regierungsrats

Der Präsident:

Isaac Reber

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich